

Begründet  
1877.

Die Tagesausgabe  
kostet vierteljährlich  
im Bezirk Nagold und  
Nachbarortviertel  
Mk. 1.25  
außerhalb Mk. 1.35.  
Die Wochenangabe  
(Schwarzwälder  
Sonntagsblatt)  
kostet vierteljährlich  
50 Pfg.



Feuilleton  
Nr. 11.

Anzeigerpreis  
bei einmaliger Ein-  
rückung 10 Pfg. die  
einseitige Zeile;  
bei Wiederholungen  
entsprechender Rabatt.

Reklamen 15 Pfg.  
die Zeile.

Unparteiische Tageszeitung und Anzeigebblatt, verbreitet in den Oberamtsbezirken Nagold, Freudenstadt, Calw u. Neuenbürg.

Nr. 43.      Ausgabeort Altensteig-Stadt.      Montag, den 21. Februar.      Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.      1910

# Fortwährend

werden Bestellungen auf unsere Zeitung „Aus den Tannen“ entgegengenommen.

## Die Landtagserversamml. im Bezirk Freudenstadt.

Freudenstadt, 19. Febr. Bei der heute stattgefundenen Landtagserversammlung wurden von 7571 Wahlberechtigten 6190 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten:

<b>Bauvermeister Gaiser (W.P.)</b>	<b>2211</b>	<b>Stimmen</b>
<b>Jakob Harder (Soz.)</b>	<b>2145</b>	<b>"</b>
<b>Schultheiß Waltherr (D.P.)</b>	<b>1814</b>	<b>"</b>
<b>Gräber (Str.)</b>	<b>16</b>	<b>"</b>

Name des Orts	Gaiser (W.P.)	Harder (Soz.)	Waltherr (D.P.)
Freudenstadt	230	709	433
Nach	1	16	90
Balersbronn	1007	234	47
Befersfeld	67	9	6
Böfingen	2	10	22
Cresbach	22	18	37
Dietersweiler	12	71	62
Dornstetten	59	79	95
Durtweiler	13	14	30
Ebelweiler	6	4	29
Erggube	18	16	1
Glatten	8	113	42
Göttelstingen	53	23	10
Grönbach	35	52	12
Grüntal	12	44	43
Hallwangen	9	29	55
Herzogswiesler	30	55	26
Hesfeld	14	10	7
Hochdorf	30	12	21
Hörtschweiler	6	8	27
Juzenbach	50	15	38
Jgelsberg	23	3	27
Klosterreichenbach	77	48	31
Lombach	18	20	52
Loßburg	42	73	35
Neunack	8	26	17
Oberstingen	6	27	24
Obermusbach	1	—	26
Pfalzgrafenweiler	124	68	52
Reinerzau	19	39	26
Rodt	16	26	18
Röt	56	13	17
Schömburg	16	23	22
Schoploch	12	5	86
Schwarzenberg	55	29	26
Zumlingen	13	17	35
Unterstingen	2	8	35
Untermusbach	6	24	36
Wittendorf	12	49	51
Wittensweiler	9	102	40
Wörnersberg	12	4	25
<b>2211</b>	<b>2145</b>	<b>1814</b>	

Da keiner der Kandidaten die Hälfte der gültig abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hat, ist eine **zweite Wahl** notwendig.

Bei der Wahl im Jahre 1906 wurden von 7379 Wahlberechtigten abgegeben für die Deutsche Partei 1289, für die Volkspartei (zwei Kandidaten) 3176, für die Sozialdemokratie 1012 und für das Zentrum 31 Stimmen. Das Bemerkenswerte an der Wahl ist somit eine Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen um 1133, ferner eine Zunahme der für die Deutsche Partei abgegebenen Stimmen um 525 und eine Abnahme der demokratischen Stimmen um 965 Stimmen.

## Außerordentlicher Parteitag der deutschen Volkspartei. — Zusammenschluß der links-liberalen Parteien.

Stuttgart, 20. Febr.

Der außerordentliche Parteitag der deutschen Volkspartei, der endgültig über die Stellung der Partei zu dem Zusammenschluß der 3 links-liberalen Parteien entscheiden sollte, wurde am Samstag Abend durch eine gefällige Vereinigung im Restaurant „Uhländshöhe“ eingeleitet. Heute Vormittag um 11 Uhr begannen im Saale der Brauerei Wulle die Verhandlungen. Aus allen Teilen Württembergs waren die Mitglieder der Partei herbeigeströmt; auch der badische und der bayerische Landesverband und ebenso die Ortsgruppe Frankfurt a. M. hatten Vertreter entsandt. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Zunächst begrüßte der Vorsitzende des engeren Ausschusses, Dr. Heimbürger, die Erschienenen und wies auf die Bedeutung dieser Tagung, der letzten der alten Partei, hin. Nachdem der Vorschlag des Ausschusses, Dr. Heimbürger als Vorsitzenden der heutigen Tagung und Prof. Hoffmann zum Stellvert. Vorsitzenden zu wählen, angenommen und die Schriftführer nominiert waren, ergriff Reichs- und Landtagsabgeordneter v. Payer das Wort zu seinem Referat über das Programm und das Organisationsstatut der neuen Partei. Er schilderte zunächst die Schwierigkeiten, die zu überwinden gewesen seien, um zu dem Ziel, das der heutigen Abstimmung unterliege, zu gelangen, daß es aber schließlich doch gelungen sei, in den Vorschlägen der Viererkommission eine geeignete Grundlage für eine Fusion zu finden. Alle Wünsche hätten nicht erfüllt werden können; jeder Teil habe nachgeben müssen. Der Redner besprach sodann die einzelnen Punkte des Programms und betonte, daß man in der Frage des Frauenstimmrechts nicht weiter gehen könne, als der vorliegende Entwurf vorsehe. Die Bildung von Jugendvereinen sei sehr wichtig, doch müßten diese Jugendvereine bleiben. Eine Altersgrenze sei daher notwendig, schon um einem Konkurrenzkampf zweier Lokalvereine vorzubeugen. Die Uebergangsbestimmungen sollten 14jährige Geltung haben. Der geschäftsführende Ausschuh der neuen Partei, die den Namen „Fortschrittliche Volkspartei“ erhalten solle, werde aus 18 Mitgliedern, 10 der freisinnigen Volkspartei, 5 der freisinnigen Vereinigung und 3 der Deutschen Partei bestehen. Die sich noch immer geltend machenden Bedenken gegen die Verschmelzung zerstreute der Redner mit den Worten: „Wir bleiben, was wir gewesen sind: die gute alte Volkspartei! Ich unterstreiche das „Gewesen“ mit dem Ruf: „Fortschritt auf allen Gebieten!“ Da an den Beschlüssen des Viererausschusses in dem jetzigen Stadium der Verhandlungen nichts mehr geändert werden könne und die konstituierende Versammlung am 6. März in Berlin stattfinden solle, so empfehle der enger Ausschuh folgende Resolution zur Annahme:

Die Versammlung wolle beschließen, für den Fall, daß die Freisinnige Volkspartei und die Freisinnige Vereinigung gleichfalls entsprechende Beschlüsse fassen, die Verschmelzung der 3 Parteien auf Grund der Entwürfe des Viererausschusses unter dem Namen „Fortschrittliche Volkspartei“ gut zu heißen und den engeren Ausschuh der deutschen Volkspartei mit der Durchführung dieser Beschlüsse zu beauftragen.“

Der Redner ging sodann auf die Zusammensetzung des geschäftsführenden Ausschusses der neuen Partei näher ein und sagte, daß den 1. Vorsitzenden die Freisinnige Volkspartei in dem Abg. Junf-Frankfurt a. M., den 1. stellvertretenden Vorsitzenden die deutsche Volkspartei und den 2. stellvertretenden die Freisinnige Vereinigung jedenfalls in dem Reichs- und Landtagsabg. Schröder stellen werde. Hiernach gab von Payer einen Rückblick über die Parteigeschichte, gedachte des segensreichen Wirkens Leopold Sonnemanns und wies auf die konstituierende Versammlung der Partei am 18. Sept. 1868 in Stuttgart hin. Der Redner schloß seine Ausführungen, die häufig von stürmischem Beifall unterbrochen waren, mit den Worten: Jetzt hat man sich verlobt; heute beginnt die Hochzeit, aber von Verliebtheit kann haben wie drüben keine Rede sein. In der nun folgenden Diskussion machte der Vorsitzende des bayerischen Landesverbandes, Prof. Duide München verschiedene Bedenken gegen die Fusion geltend, die auch ein großer Teil seiner Parteifreunde in Bayern teilte, was in 8 Tagen auf dem Parteitag in Würzburg zum Ausdruck kommen werde. Er

glaube nicht, daß heute schon die Vorbedingungen für eine Verschmelzung vorhanden seien. Die folgenden Diskussionsredner Dr. Warburger-Fürth, Redakteur Burger Frankfurt a. M., Redakteur Stelzner-Münsterberg, Arbeitersekretär Arnold-Ulm, Redakteur Müllgard-Kaiserslautern, Dr. Haas-Karlsruhe und Stadtgeometer Rärcher-Stuttgart sprachen teils für, teils gegen die Verschmelzung. Nachdem Abg. v. Payer in einem Schlusswort die in der Debatte geltend gemachten Bedenken zu zerstreuen versucht hatte, wurde die von ihm verlesene Resolution des engeren Ausschusses mit allen gegen 6 Stimmen angenommen. Zu Mitgliedern in den geschäftsführenden Ausschuh der neuen Partei wurden gewählt: v. Payer als Stellvert. Vors., Hummel-Karlsruhe und Konrad Haußmann-Stuttgart. Sodann wurde folgende von dem badischen Abgeordneten Venedeg begründete Resolution angenommen.

Der Parteitag der deutschen Volkspartei spricht den politischen Freunden in Preußen seine warmste Sympathie in ihrem Kampf für ein freies und gerechtes Wahlsystem aus und protestiert gleichzeitig mit aller Entschiedenheit gegen die Ausführungen des Reichskanzlers im preuß. Abgeordnetenhaus über die angeblich verrothende und verflachende Wirkung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts auf die politischen Sitten. Diese auf Unkenntnis des süddeutschen Verfassungslebens und auf Verkenning des wahren Charakters des allgemeinen und geheimen Wahlrechts beruhende Ausführung des Reichskanzlers ist geeignet das Reichstagswahlrecht in seinem Bestand und den Grundgedanken der Verfassung zu gefährden, während wir dessen Ausdehnung auf die Verfassung aller deutschen Bundesstaaten für ein Gebot der politischen Notwendigkeit erklären.“

Das Schlusswort hatte Reichs- und Landtagsabgeordneter Konrad Haußmann, der den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg wegen seiner Politik heftig angriff und eine scharfe Kritik an der preussischen Wahlrechtsvorlage übte. Er schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Die Zukunft gehört der Demokratie.“ Schließlich wurde noch der Wortlaut folgenden Telegramms genehmigt:

Der zahlreich besuchte Parteitag der Deutschen Volkspartei hat heute mit allen gegen 6 Stimmen die Fusion auf Grund des vorgeschlagenen Programms und des Organisationsstatuts angenommen. Wir senden den Freunden in Norddeutschland, unseren künftigen Parteigenossen, unsere herzlichste Begrüßung und versichern sie treuester Waffenbrüderschaft in den kommenden schweren Kämpfen.“ Nachdem noch der Vorsitzende Dr. Heimbürger dem Abgeordneten v. Payer den Dank des Parteitages für seine treue Mitarbeit an dem Zustandekommen der Einigung ausgesprochen hatte, war der Parteitag zu Ende. Die Teilnehmer versammelten sich zu einem gemeinsamen Mittagsmahl in demselben Saal.

## Allgemeine Beamtenversammlung in Stuttgart.

Stuttgart, 20. Febr.

Die heute im Zirkusgebäude stattgefundenen Allgemeinen Beamtenversammlung gestaltete sich zu einer höchst eindrucksvollen Kundgebung. Der Andrang zur Versammlung war ein solch gewaltiger, daß noch im letzten Augenblick eine Parallelversammlung in den Saal der Frank'schen Brauerei einberufen werden mußte. Alle Landes- teile waren zahlreich vertreten. Die Kgl. Staatsregierung hatte zwei offizielle Vertreter entsandt: den Ministerialdirektor im Finanzministerium Staatsrat von Buhl und Staatsrat von Schneider. Die Fraktionen des Landtags waren sämtlich vertreten. Es waren erschienen vom Zentrum die Abgeordneten Vizepräsident Dr. von Kiene und Graf, von der Deutschen Partei Käbel und Rössler, von der Volkspartei Liesching und Löhner, vom Bauernbund Hiller, von der Sozialdemokratie Keil und Dr. Lindemann. Verbandsvorsitzender Hall begrüßte die Erschienenen, insbesondere die Vertreter der Regierung. Ihre Anwesenheit werde als ein gutes Omen für die Bestrebungen der Beamtenschaft angesehen werden können. Die Verhandlungen würden den Stempel strengster Loyalität tragen, dafür bürgte die Disziplin der württemb. Beamten. Von ihnen allein Entschagung zu beanspruchen, sei etwas sonderbar. Bei dem vorhandenen Uebelwollen Einzelner und bei den sich geltend machenden Gegenströmungen sei es erfreulich wahrzunehmen, daß alle Fraktionen im Landtag den Beamten helfen wollten. Doppelt



gebe, wer schnell gibt. Das landesväterliche Wohlwollen des Königs werde sich sicherlich auch der Sache der Beamten zuwenden, deren Befindungen am besten dadurch Ausdruck verleihe werde, wenn sie alle einstimmig in den Ruf: Se. Majestät der König hoch! Nach diesen Worten brach die nach Tausenden zählende Menge in donnernde Hochs aus. Hierauf sprach Landtagsabg. Baumann. Die Beamtenpflichten erfüllen willig und gern ihre Pflichten, lasse sich aber weitere Beschränkungen ihrer politischen Freiheit nicht auferlegen. Man verlange von den Beamten, daß sie ein Musterbeispiel der Entschagung geben und dadurch erzieherisch wirken. Die Beamten müßten es ablehnen, diese Erzieherrolle zu spielen. Wenn sie jetzt aus ihrer Zurückhaltung heraustreten, treibe sie dazu der Selbsterhaltungstrieb. Das sei ein sehr gesunder Egoismus. Des Weiteren geht Redner auf die allgemeinen Lebensverhältnisse der Beamten ein, die man in manchen Kreisen als Hungerleider bezeichne. Möge der großzügige Charakter, der bei der Reform, die in beamtenrechtlicher Beziehung vorgenommen wurde, durchgedrungen sei, auch bei der Besoldungsvorlage in Erscheinung treten. Bei einem Vergleich der Bezüge der Beamten im Reich und anderen Bundesstaaten werde die württemb. Regierung einsehen, daß sie allen Grund hat, mit Energie auf die Aufbesserungsvorlage hinzuwirken. Ein weiteres Hindernis der Gehaltsaufbesserung sei nicht nur für die Beamten besoldung, sondern das ganze Land hätte darunter zu leiden. Es handle sich hierbei nicht um ein nobilis officium, sondern um eine Pflicht der Regierung. Die Regierung habe zu verstehen gegeben, daß sie die Initiative zu der Vorlage ergreifen wolle, die eine Gestaltung erfahren möge, daß sie als ausreichend bezeichnet werden kann. Auch der Altvordere und Altpensionäre solle dabei gedacht werden. Möge es den gesetzgebenden Faktoren gelingen, die Vorlage so zu gestalten, daß nicht nach wenigen Jahren wieder zu einer Aufbesserung geschritten werden muß, denn es ist nicht gut, immer als Bittender aufzutreten. Die Volkspartei habe diese ganze Frage mit der Frage der Vereinfachung und Sparsamkeit im Staatshaushalt verknüpft. Die deutsche Partei sei für die Forderungen der Beamten eingetreten. Das Zentrum habe sich noch nicht öffentlich ausgesprochen, habe sich aber immer zu den Wünschen der Beamten freundlich gestellt. Die Sozialdemokratie sollte die wichtige Vorlage als organisches Ganze betrachten. Aus den Reihen der Konservativen und des Bauernbunds seien vereinzelte gehässige Angriffe auf die Beamten erfolgt. (Paus) Es wäre aber tief bedauerlich, wenn eine derartige Verbeugung weiter getrieben würde. Selbstverständlich würden auch die Beamten es lieber sehen, wenn die Aufbesserung ohne eine Steuererhöhung durchgeführt werden könne. Jedenfalls sei die Vorlage nicht als bloßes Rechenexempel zu betrachten, sondern als eine soziale Pflicht der Regierung ihren Dienern gegenüber, für die Opfer gebracht werden müßten. Man möge aber nicht so lange zuwarten, bis die Not so groß geworden ist, daß die wirtschaftliche Lage der Beamten ins Schwanken gerät, sondern dafür sorgen, daß die Vorlage mit Wirkung vom 1. April d. J. an in Kraft tritt. Die Beamten fühlten sich als Teil des Volkskörpers. Jeder Rastengelst werde in ihren Reihen mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Die Allgemeinheit habe aber die Pflicht dafür zu sorgen, daß das dienende Glied nicht in seiner Entwicklung zurückbleibe. (Stürmischer Beifall.) Kanzleirat Lemppenau bewies an der Hand zahlreicher statistischer Mitteilungen, daß fast alle württembergischen Beamtengehälter um namhafte Beträge hinter diejenigen der meisten anderen größeren Bundesstaaten und des Reichs zurückblieben. Es müsse ein Existenzminimum für eine Normalfamilie verlangt werden, wobei zu berücksichtigen wäre, daß die Lebenshaltung in Stuttgart besonders teuer sei. Viele Haushalte arbeiteten mit Unterbilanz. Die dringende Bitte einer wesentlichen Gehaltsaufbesserung sei berechtigt. Das Gefühl krankender Minderbewertung müsse beseitigt werden. (Lebhafter Beifall.) Zum Schluss trat noch Postunterbeamter Ruber energisch für eine ausreichende Vorsehung ein. Die kommende Vorlage müsse rückwirkende Kraft erhalten. Schlacht und einfach, entschieden aber nicht gehässig verfolgten die Beamten ihr Ziel. (Stürmischer Beifall.) Darauf nahm die Versammlung einstimmig nachstehende Resolution an:

Die am 20. Febr. in Stuttgart versammelten Staatsdiener erklären, daß sie eine Erhöhung ihrer Gehälter angesichts der seit Jahren eingetretenen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse und der allgemeinen Hebung der Lebenshaltung für unumgänglich nötig erachten, wenn der württ. Beamtenstand nicht von seiner seitherigen sozialen und wirtschaftlichen Stellung verdrängt werden soll. Diese Erkenntnis hat die übrigen deutschen Bundesstaaten und das Reich dazu veranlaßt, falls unter stärkerer Inanspruchnahme der Steuerkräfte eine Erhöhung ihrer teilweise schon vorher wesentlich günstigeren Beamtengehälter durchzuführen. Auch die württembergische Regierung hat in ihrer Kundgebung vom 12. September 1908 eine Neuordnung der Gehälter in Aussicht gestellt. Die staatlichen Beamten hoffen, daß es Regierung und Landständen gelingen möge, durch diese Neuordnung ihre Bezüge mit den heutigen Lebensbedingungen und mit den Einkommensverhältnissen der übrigen Beamten innerhalb und außerhalb Württembergs in Einklang zu bringen, sie geben ferner der Hoffnung Ausdruck, daß die Erhöhung der Gehälter in tunlichster Eile, wenn möglich mit Wirkung vom 1. April 1910 ab, durchgeführt werde. Ein weiterer Aufschub müßte die wirtschaftliche Lage der Beamten schwer gefährden.



Reichstagspräsident Graf Stolberg †.

\* Berlin, 19. Febr. Der Präsident des Reichstages, Graf zu Stolberg-Bernigerode, ist heute abend kurz nach 7 Uhr an einem Lungenanschlag verschieden.

Graf Udo zu Stolberg-Bernigerode war am 4. März 1840 in Berlin geboren. Er absolvierte das Gymnasium in Güterstob und machte an der Universität Halle staatswissenschaftliche Studien. Die Feldzüge von 1866 und 1870/71 machte Stolberg als aktiver Offizier mit; bei Königgrätz wurde er schwer verwundet. Dann war er Landrat des Kreises Landeshut in Schlesien und bewirtschaftete seine Güter Kreppelhof in Schlesien und Dönhofsstadt in Ostpreußen. 1891 bis 1895 war er Oberpräsident der Provinz Ostpreußen. 1872 wurde Stolberg ins preußische Herrenhaus berufen. Dem Reichstag gehörte der Verstorbenen von 1877-1881, von 1884 bis 1893 und wieder seit 1895 als Mitglied der deutschkonservativen Partei an. Er war von 1901 bis 1906 erster Vizepräsident und seit 1907 Präsident des Reichstages. Rednerisch ist Graf Stolberg im Reichstag verhältnismäßig wenig hervorgetreten; es waren überwiegend repräsentative Rückfragen, welche die Konservativen bestimmten, ihn zum Präsidenten wählen zu lassen. Seit langer Zeit war Stolberg schwer leidend und er hat seit Monaten nicht mehr als Präsident fungiert.

\* Berlin, 19. Febr. Zum Tod: des Reichstagspräsidenten Grafen zu Stolberg-Bernigerode wird noch gemeldet: Anschließend an die Lungenentzündung entwickelte sich eine Rippenfellentzündung. In der Adreischen Klinik in der Martin Luther-Straße, in welche Graf Stolberg heute morgen übergeführt wurde, wurde eine Punktion vorgenommen, um das Exsudat zu entfernen. Gegen 7 Uhr nachmittags trat Herzschwäche ein. Unmittelbare Todesursache war ein Lungenanschlag.

|| Berlin, 20. Febr. Der Gräfin Udo zu Stolberg-Bernigerode sind folgende Beileidstelegramme zugegangen: „Auf das schmerzlichste bewegt durch die Nachricht von dem Tode Ihres Gatten, den ich schon auf dem Wege der Besserung hoffte, spreche ich Ihnen aus, wie ich mit herzlicher und inniger Teilnahme Ihrer gedente. Das Scheiden Ihres Gatten ist ein sehr großer Verlust für mich und das Reich, für das er sich aufopferte. Seine hohen Verdienste und seine ehrwürdige, vornehme Persönlichkeit werden mir stets unvergesslich sein. Sie aber möge Gott in Ihrem Schmerz trösten. Wilhelm K. W.“ — „Tief erschüttert von der Nachricht des Ablebens Ihres Mannes spreche ich Ihnen, teure Gräfin, mein von Herzen kommendes Beileid aus. Gott stehe Ihnen bei und gebe Ihnen, wie bisher, Kraft in diesem großen Schmerz. Ich gedente auch Ihrer armen Kinder beim Ableben des Vaters. Auguste Viktoria.“ — „Anlässlich des Hinscheidens Ihres Herrn Gemahls sprechen Ew. Exzellenz die Kronprinzessin und ich unsere aufrichtige und herzliche Teilnahme aus. Wilhelm, Kronprinz.“

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. Februar.

Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Interpellation über die Rede des Reichskanzlers im preuß. Abgeordnetenhaus, die geeignet sei, das Reichstagswahlrecht herabzusetzen und zu bedrohen. Der Reichskanzler erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit. Zur Begründung der Interpellation führt Abg. Dr. Franz Mannheim (Soz.) aus: Es sind erst wenige Wochen vergangen, seitdem von konservativer Seite die Würde des Hauses schwer verletzt worden ist, als ein Abgeordneter, um ein Beispiel äußerster Disziplinlosigkeit zu geben, selbst ein Beispiel äußerster Disziplinlosigkeit gegeben hat. Richtig wäre es gewesen, wenn demgegenüber der Reichskanzler die erste Gelegen-

heit benützt hätte, öffentlich seinen Respekt vor dem Hause zu bekunden. Statt dessen hat der Reichskanzler eine Rede gehalten, die man halten muß, wenn einmal der berühmte Leutnant mit seinen zehn Mann den Reichstag schließen sollte und die theoretische Rechtfertigung für einen solchen Vorgang gefunden werden soll. Für diese Rede des Reichskanzlers verlangen wir Rechenschaft. Der Reichskanzler ist verpflichtet, die Reichsverfassung zu hüten und zu schützen. Dazu gehören auch die Bestimmungen über das Wahlrecht zum Reichstag. Der Reichskanzler muß auch für gute Beziehungen zu den anderen Bundesstaaten sorgen, und einige von diesen haben in letzter Zeit erst das Reichstagswahlrecht bei sich eingeführt. Der Reichskanzler sagte im Deutschen Landwirtschaftsrat, die politische Kultur leide unter dem demokratischen Wahlrecht und die Demokratisierung eines Parlaments verflache und verrohe den politischen Sinn. Was würde geschehen, wenn man sagte, manche Reden und Geschmacksrichtungen des Kaisers wirkten verflachend und verrohend? Vizepräsident Dr. Spahn: Ich bitte, auch bei Interpellationen den Kaiser aus dem Spiel zu lassen. Abg. Brand: Ich wollte nur... Vizepräsident Dr. Spahn: Ich bitte, sich danach zu richten. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Abg. Brand: Ich bitte, die Redefreiheit nicht einzuschränken. Damit wahre ich die Rechte des Reichstages. Ich wollte sagen, daß der Reichstag an dem gleichen Tage geboren ist wie der Kaiser, und den gleichen Respekt zu beanspruchen hat, daß er ferner verlangen kann, nicht despektierlich behandelt zu werden. Der Kanzler will ernst genommen werden; da frage ich: Will er das Reichstagswahlrecht ändern? In Oesterreich, Württemberg, Baden und Bayern hat sich das demokratische Wahlrecht durchaus bewährt, sogar im Mutterlande des Parlaments, in England. Alle Länder haben sich demokratisieren müssen, selbst die Türkei und China. Nur der russische und der baltische Fels ragen in ihrer alten Eigenart empor. Etwas Gemeineres und Bewußtloseres, etwas Erbärmlicheres und Feigeres ist nicht zu denken, als der Versuch, den wirtschaftlich Schwachen um seine Ueberzeugung zu betrügen. Die Demonstrationen waren ruhig, würdig und eindrucksvoll. Die Arbeiter werden den Wahlrechtskampf fortsetzen. (Leb. Bravo bei den Sozialdemokraten. Pfeifen und Rufen rechts.)

## Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:

Auf eine Diskussion über die preußische Wahlrechtsvorlage kann ich mich an dieser Stelle nicht einlassen. Ich muß mich an das halten, was vor das Forum des Reichstages gehört. Wenn die Interpellation fragt, was mich veranlaßt hat, diese oder jene Ansicht für richtig zu halten, so kann ich nur antworten: Ich habe es getan, weil ich diese oder jene Ansicht für richtig halte. Eine andere Frage ist es, ob ich das Reichstagswahlrecht zu ändern beabsichtige, weil ich im Abgeordnetenhaus Ausführungen gemacht haben soll, die geeignet seien, das Reichstagswahlrecht herabzusetzen. Aber im Grunde sind es gerade die Interpellanten, die sich ihrerseits nicht scheuen, die verfassungsmäßigen Institutionen des Reichstages herabzuwürdigen und zu bedrohen. Ich habe das Sakrilegium begangen, die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen als unerwünscht zu bezeichnen. Nur wenn ich die Absicht ausgesprochen hätte, den verbündeten Regierungen vorzuschlagen, das Reichstagswahlrecht zu ändern, dann würde ich die gegen mich gerichteten Angriffe begreifen. Aber ich habe nichts von alledem gesagt, und nichts von alledem ist meine Meinung. In den Kreisen der Interpellanten jedoch bedroht man durch die Forderung der Herabsetzung des Wahlalters und der Verleihung des Wahlrechts an die Frauen u. s. w. gerade den Bestand des geltenden Reichstagswahlrechts. Es hat sich genau wiederholt, was im Januar 1908 geschehen ist, als mein Vorgänger, Fürst Bülow, erklärte, es sei nicht seine Absicht, das Reichstagswahlrecht auf Preußen zu übertragen. Der Reichstag kritisierte damals die Ankündigung des Programms, wie er heute seine Ausführung kritisiert. Die verbündeten Regierungen denken nicht daran, an dem Reichstagswahlrecht zu rütteln. Das Deutsche Reich hat sich mit diesem Wahlrecht ein Haus eingerichtet. Und trotz aller Mißstände des öffentlichen Lebens reicht mein Glaube an die Kraft und die Zukunft des Deutschen Reiches viel zu weit, als daß ich nicht davon überzeugt wäre, es wolle sich diesen Bau unverändert bewahren. Wer nicht versteht, was ich im Abgeordnetenhaus zur Verteidigung des preußischen Beamtenums gesagt habe, der hat keinen Sinn für die Wesensart des staatlichen Lebens. Und wer es Bureaucratismus nennt, wenn ich ausgeführt habe, daß es die unteren Verbände des Staates und Volkes seien, von denen die wertvollste Kulturarbeit gezeitigt werde und daß sich nur mit freiwilliger Mitarbeit des Volkes der Staatsorganismus glücklich weiter entwickeln kann, der weiß mit



Fremdwörtern nicht Bescheid. Ich habe das Vertrauen auf die unverbrüchliche Kraft des deutschen Idealismus, daß unter allem Druck der realen Dinge der Friede behauptet wird. (Beifall, Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Gröber (Str.): Für uns ist die preussische Wahlrechtsfrage eine allgemeine deutsche. Auch bei uns haben die Worte des Reichskanzlers im Abgeordnetenhaus schwere Besorgnis erweckt. Allerdings hat er heute unsere Hauptfrage hinweggeräumt durch die Mitteilung, daß er nicht an dem Reichstagswahlrecht rütteln wolle. Der Kanzler ist zugleich preussischer Ministerpräsident, und mag diese Doppelfunktion auch manche formelle Schwierigkeiten haben, so muß sie doch einheitlich ausgeübt werden. Auf die Dauer kann er im Reiche und in Preußen nicht eine gerabete konträre Politik treiben. In der Zeit der allgemeinen Wehr- und Steuerpflicht ist auch das allgemeine Wahlrecht geboten. Die Klagen über politische Unbildung und Interesslosigkeit sind nicht berechtigt. Die Regierung ist daran durch ihr Verhalten selbst schuld. Wo war der Reichskanzler bei unseren gestrigen wichtigen Verhandlungen? Hat nicht Fürst Bälou die Politik der Grundgesetzlosigkeit zum Grundsatz erhoben? Namens meiner Partei erkläre ich, wir werden jeder Verschlechterung des Reichstagswahlrechts mit aller Energie entgegenzutreten. Abg. Dietrich (konf.): Die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Regierung nicht an dem Reichstagswahlrecht rütteln wolle, war zu erwarten. Was unsere Stellung zum Wahlrecht anbetrifft, so sind wir der Ansicht, daß es nicht angeht, aus der führenden Stellung Preußens die Verpflichtung herzuleiten, Einrichtungen des Reiches zu übernehmen. In Süddeutschland verwahrt man sich gegen die Einmischung Preußens. Auch würden damit Unstimmigkeiten im Bundesrat geschaffen. Allerdings hat sich in letzter Zeit ein besseres Verständnis für Preußens Eigenart gezeigt. In der Kritik des bestehenden Wahlrechts hat gerade die Sozialdemokratie das denkbar stärkste geleistet. Niemand von uns denkt daran, im Wege der Gesetzgebung das Reichstagswahlrecht zu ändern. (Zuruf: Durch Staatsrecht!) Die ernstlichen sachlichen Ausführungen des Reichskanzlers verdienen unser volles Vertrauen. (Beifall rechts.) Abg. Baffermann (ntl.): Es kann zweifelhaft sein, ob es richtig war, das heutige Thema zum Gegenstand einer Interpellation zu machen. Die Interpellanten entsprechen wohl dem Bedürfnis nach Agitationsstoff für die kommenden Wahlen. Dem Sach des Ministerpräsidenten, daß die politische Erziehung durch das allgemeine Wahlrecht leide, können wir nicht zustimmen. Mit der ganzen Art, in welcher der Ministerpräsident die Wahlrechtsfrage in ihren Beziehungen zum Interesse der Nichtpreußen behandelt hat, sind wir im allgemeinen einverstanden. Der Kanzler ist kein Feind des Reichstagswahlrechts. Der Versuch, es abzuändern, würde auch die wildesten politischen Kämpfe, ja geradezu eine revolutionäre Bewegung entfesseln. Man treibe volkstümliche Politik und beseitige die Mißstände, dann wird man auch mit dem allgemeinen Wahlrecht zufrieden sein. Abg. Biemer (fr. Sp.): Die Erklärungen des Reichskanzlers, die immerhin eine Abneigung gegen das allgemeine Wahlrecht bekunden, bleiben bedauerlich. An der Verschärfung des politischen Tones ist das demokratische Wahlrecht nicht schuld. Der Reichskanzler ist ein konservativer Staatsmann, begrenzt durch das preussische Schwarz-Weiß. Der stärkste Pfeiler der Verfassung ist das allgemeine Wahlrecht. Die preussische Wahlreform ist daher eine nationale Aufgabe. Wir Freisinnigen sind stets für eine Stärkung des Staatsgedankens, gegen den Partikularismus, dessen schlimmster der preussische ist, eingetreten. (Beifall links.)

#### Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Der Abg. Biemer hat gesagt, daß ich auf die Bundesstaaten mit Liberalen und demokratischen Institutionen herabschäbe. Wie kommt der Abg. Biemer dazu, mir Gesinnungen nachzusagen, über die ich allein Bescheid wissen kann, nicht er? Er hat sich dabei berufen auf allgemeine Betrachtungen, die ich in meiner Rede angeführt habe. Er hätte so loyal sein sollen, den Vortratt besser zu zitieren, was ich über unser Verhältnis zu den Bundesstaaten speziell geäußert habe. Ich habe gesagt: „Wir können und wollen diese Eigenarten der bayerischen, der schwäbischen, der sächsischen Stämme u. wie sie auch heißen, nicht missen. Diese Eigenarten, die sich nicht nur in Sitten und Gewohnheiten der Bevölkerung, sondern auch in der politischen Form des Staates widerspiegeln, welche wir achten und lieben, das ist ein Teil unseres eigenen Deutschland.“ Ich muß es mir verbitten, daß mir Gesinnungen nachgesagt werden, die sich für einen deutschen Reichskanzler nicht ziemten. (Lebhafte Bravo rechts und in der Mitte.)

Abg. Fürst Hagfeld (Reichsp.): Das Reichstagswahlrecht ist durch die preussischen Verhältnisse nicht gefährdet. Die heutige Debatte wird dem deutschen Volk die Augen darüber öffnen, daß die bür-

gerlichen Parteien einmütig zusammenstehen, um die Verfassung zu erhalten. Abg. Korfanth (Volk): Das monarchische Prinzip wird durch das allgemeine Wahlrecht nicht untergraben. Der Reichskanzler hat sich abgelebte Ideen zu eigen gemacht. Die preussische Politik ist die denkbar intoleranteste. Wir Polen sind dafür ein typisches Beispiel. Abg. Liebermann v. Sonnenberg (B. Sgg.): Wir halten an dem Reichstagswahlrecht unverbrüchlich fest. Der Reichskanzler hat durch seine Rede im Abgeordnetenhaus das Wahlrecht nicht gefährdet. Die sozialdemokratische Interpellation weisen wir als unberechtigte Annäherung zurück. Abg. Ledebour (Soz.): Durch die öffentliche Wahl wird der Regierungsterrorismus gesetzlich festgelegt. Nachdem Preußen seine einzelnen Länder zusammengeraubt hat und nachdem der Westen sich fundamental anders historisch entwickelt hat als der Osten, ist es ein absoluter Unsinn, zu behaupten, Preußen müsse durch seine Stammesart eine andere Verfassungsart haben, als das übrige Deutschland. Das allgemeine Wahlrecht muß die Macht der kleinen Clique im Osten brechen und deshalb verteidigen wir es mit aller Macht, auch mit Straßendemonstrationen. An den Ausschreitungen der Polizei ist das System schuld. Die herrschende Bürokratie würde gegen eine sozialistische Volksmehrheit Gewalt anwenden, dann würden wir die Gewalt des Volkes entgegensetzen und sie zerschmettern. Sie (nach rechts) gehen dem Untergang entgegen. (Lachen rechts; Zustimmung bei den Soz.) Vizepräsident Dr. Spahn ruft den Abg. Ledebour wegen des Ausdrucks „von der zusammengestohlenen und zusammengeraubten Macht Preußens“ und wegen der Worte „das Blut, das in Keimstätten, Frankfurt a. M. und Halle vergossen sei, ließe auch an den Fingern des Reichskanzlers“ zur Ordnung. Damit schließt die Debatte. Nach persönlichen Bemerkungen, in deren Verlauf es zu einer bewegten Auseinandersetzung zwischen den Abg. Ledebour und v. Oldenburg über die Bedeutung der kürzlich vom Abg. Oldenburg beim Militärtribunal geäußerten Äußerung kommt, geht das Haus zur Fortsetzung der Spezialberatung des Etats des Innern über. Abg. Kämpf (fr. Sp.): Ich bitte um Auskunft über das Abkommen mit Kanada. Die Angriffe auf den Hansabund sind unberechtigt. Es ist nicht zu erwarten, daß unsere Kolonien in absehbarer Zeit solche Massen von Baumwolle und Kupfer liefern können, daß unsere Handelsbilanz auch nur einigermaßen dadurch beeinflusst werde. Hierauf tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Reichskontrollgesetz und Weiterberatung des Etats des Innern. Schluß gegen 5 Uhr.

#### Landesnachrichten.

\* **Walzgrafenweiler**, 21. Februar. Der hiesige Schwarzwaldbezirksverein hielt am gestrigen Sonntag seine Generalversammlung ab. Vorstand Sägewerksbesitzer Fezer eröffnete dieselbe und Schultze Deder gab als Kassier den Kasfenbericht bekannt. Im Anschluß an den geschäftlichen Teil wurden den Mitgliedern genussreiche Stunden zuteil. Zunächst hielt Pfarrer Sandberger von Wittensweiler einen sehr interessanten und durch die klaren Ausführungen für alle Zuhörer leicht verständlichen Vortrag über „Eine Reise an die Wasserkante“ und im Anschluß daran wurden eine stattliche Anzahl klarer Lichtbilder vorgeführt, welche den Vortrag trefflich ergänzten und das ungeteilte Interesse der Zuhörer fanden. Es folgten sodann eine Reihe schöner Lichtbilder von Oberförster Barth-Klosterreichenbach aus unserer engeren Heimat, dem Schwarzwald. Den prächtigen Landschaftsbildern u. wurden verschiedene recht originelle Bilder beigelegt, die zur Erheiterung der Zuhörer beitragen. Vorstand Fezer dankte den Herren Sandberger und Barth für ihre Darbietungen und brachte ein „Waldheil“ auf dieselben aus. Er folgte ein Konzert Tübinger Militärmusiker, das zur Verschönerung des abwechslungsreichen Abends beitrug und die Mitglieder und Freunde des Schwarzwaldbvereins noch lange zusammenhielt.

\* **Calw**, 20. Febr. Gestern nacht ereignete sich auf dem hiesigen Bahnhof ein gräßliches Unglück. Ein Anpuffer namens Schaidle, der erst vor kurzem sich verheiratet hatte, wurde beim Rangieren zwischen zwei Puffer gestochen und sofort getötet. — Der Schwarzwaldbverein veranstaltete gestern abend im Badischen Hof einen Familienabend, bei welchem Lichtbilder von Südeuropa, Spanien und Afrika und von Hans Hudelein vorgeführt wurden; außerdem wurden verschiedene musikalische Darbietungen geboten. Am Vorabend hatten zur Probe die Kinder der Mitglieder zum ersten Mal Zutritt und hat sich diese Neuerung sehr bewährt. Die Kinderwelt füllte den großen Saal des Badischen Hofes vollständig aus.

|| **Althengstett**, 20. Febr. Zur Zeit wird in unserer Pumpsation in raschem Tempo gearbeitet. Da die Arbeiten, die sich nicht auf die Pumpsation beziehen, schon seit Wochen beendet sind, auch Pumpen und Betriebsmaschinen schon einige Wochen hier lagern, ist zu hoffen, daß

die Eröffnung der Wasserleitung in Bälde festlich begangen wird.

|| **Stuttgart**, 19. Febr. Der Stuttgarter Patentingenieur Alfred Ganz ist, lt. Frankfurter Zeitung, nach Veruntreuungen und Fälschung von Wecheln und notariellen Urkunden flüchtig gegangen. Die Veruntreuungen bezifferten sich auf etwa 60 000 Mark. Geschädigt sollen mehrere Banken und einige Geschäftsfirmen sein.

|| **Ludwigsburg**, 19. Febr. Die bürgerlichen Kollegien haben mit Beratung der Voranschläge für 1910 begonnen. Das Gaswerk weist einen Ueberschuß von 50 000 M. gegenüber 42 000 M. im Vorjahr auf. Das Werk ist jetzt völlig schuldenfrei, weshalb der Betrag von 43 000 Mark einem Werkerweiterungsfonds zugewiesen werden konnte.

|| **Feuerbach**, 19. Febr. Ein heiteres Vorkommnis spielte sich dieser Tage in einer Klasse der hiesigen Volksschule ab. Der Lehrer kam auch auf die Alkoholfrage zu sprechen. Er setzte seinen Schülern auseinander, in was für Länder man am meisten Wein, Bier und Koffein trinke. Endlich stellte er auch noch die Frage, ob einer wisse, wo der meiste Schnaps getrunken werde. Ein kleiner Junge setzte sich in Positur und hält die Hand in die Höhe: „Jawohl, Herr Lehrer! der meiste Schnaps wird beim Herr Kuffner getrunken.“

|| **Sindelfingen**, 20. Febr. Als der Jagdauffeher das vor etwa vier Jahren neu erbaute Jagdhaus betrat, brach der Boden mit samt dem Aufseher durch, da der Schwamm das Holz zerlegt hatte. Der Aufseher stürzte in die Tiefe und zog sich eine Kopfverletzung zu.

|| **Zaberfeld**, 20. Febr. Ein schweres Unglück ereignete sich gestern hier bei Einbruch der Dämmerung, indem die Pforte eines vor einer Schmiede stehenden Wagens unter der Aufsicht eines 17jährigen Knaben aus Michelbach beim Herannahen eines Automobils schenken und durchgingen. Dadurch geriet der Knabe zwischen den Wagen und die Häuser und wurde so schwer gequetscht, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Insasse des Autos, Stadtarzt Dr. v. Willmann aus Bradenheim, nahm sich sofort des Knaben an. Den Chauffeur trifft keine Schuld.

|| **Sorlach**, 20. Febr. Gestern nachmittag verunglückte der hiesige Farrenhalter dadurch, daß sich einer seiner drei Farren von der Kette löste, ihn beim Versuch des Anbindens zu Boden riß und auf ihn herunttrat. Außer äußerlichen Verletzungen konstatierte der Arzt den Bruch mehrerer Rippen, doch scheint Lebensgefahr nicht vorhanden zu sein.

|| **Tettwang**, 20. Febr. Gestern vormittag fand zwischen den beiden Lindauer Bataillonen und dem Weingartener Regiment eine Feldübungsübung statt. Die Truppen stießen um halb 11 Uhr bei Tannau zusammen. Der Kampf endete mit einem von den Bayern ausgeführten Sturmangriff auf die Württemberger. Offiziere und Mannschaften machten dann hier Mittag, wobei die Weingartener Kapelle spielte.

|| **Pforzheim**, 20. Febr. Aus Verzweiflung über zerrüttete Vermögensverhältnisse hat sich der 44 Jahre alte Fabrikant Friedrich Schwemmler mit seiner Frau und einer 15jährigen Tochter vergiftet. Eine andere 17 Jahre alte Tochter befindet sich im Pensionat.

\* **München**, 19. Febr. Im Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer erklärte heute der Verkehrsminister v. Frauendorfer, daß er in Bezug auf die Einführung der Einheitsmarke auf dem gleichen Standpunkt stehe wie sein Vorgänger; er habe dafür nur ein kategorisches „Nein“.

\* **München**, 19. Febr. Die Ablösung des Postvorrechtes für den Fürsten von Thurn und Taxis um 440 000 Mark ist durch den Finanzausschuß angenommen worden.

\* **Berlin**, 19. Febr. Im Reichstag ist ein scheinbarer Antrag eingegangen, während der Dauer der Erkrankung des Präsidenten Graf zu Stolberg-Bernigerode den Abg. Graf Schwerin-Schulenburg an seiner Statt in das Präsidium zu berufen. Der Antrag fand bei der sofort stattfindenden Abstimmung Annahme.

\* **München**, 19. Febr. Der Bayerische Bauernbund hat sich wegen des Mangels an Eis, der in diesem milden Winter hervortritt, an den Verkehrsminister mit der Bitte gewendet, für die Beförderung von Eis einen Ausnahmetarif zuzulassen.

Verantwortlicher Redakteur: E. Paul, Althengst.

**Unhaltende frostfreie Witterung** ist vielen Landwirten zusetzen gekommen, um die Felder noch vor Winter für die Frühjahrskulturen in raube Furchen zu legen. Soweit es noch nicht geschehen, ist es hoch an der Zeit, diese sowie die Wiesen, Viehweiden, Acker- und Luzerneselder jetzt zu düngen. Bei den diesjährigen billigen Thomasmehlpreisen verdient dieser Phosphorsäuredünger ganz besondere Beachtung. Auch bei Sommergetreide steht die Thomasmehlphosphorsäure der wasserlöslichen Phosphorsäure an Wirksamkeit nicht nach.





# Die Sparkasse Altensteig, G. G. m. b. H. (Kassenlokal im Rathaus)

nimmt jederzeit u. von jeder Person ohne Rücksicht auf den Wohnort

## Spar-Einlagen

in allen Beträgen von 1-5000 Mk. entgegen. Zinsfuß 4%

Egenhausen.

### Dankfagung.



Für die uns erwiesene Teilnahme bei dem Heimgang unserer lieben Mutter, Groß- und Schwiegermutter

**Elisabeth Müller**  
geb. Schaible

sowie für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte sagen herzlich Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Spielberg, den 19. Febr. 1910.

### Dankfagung.



Für die große Teilnahme, die wir während der Krankheit u. dem Hinscheiden unseres lieben Vaters, Bruders u. Onkels

**Gottlieb Haymann**  
Veteran von 1866 u. 1870/71

erfahren durften, für den Trost des Geistlichen, für den erhebenden Trauergefang, für Teilnahme der Krieger- u. Militärvereine von Egenhausen u. Spielberg an der Beerdigung und für die dem Verstorbenen erwiesenen militärischen Ehren sagen den innigsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Egghausen.

### Pferd-, Vieh- und Fahrnis-Versteigerung.

Zur Gasthaus z. Krone findet

**Mittwoch, den 23. ds. Mts.**  
[von vormittags 10 Uhr an

eine Fahrnis-Versteigerung statt, wobei vorkommt:

- 1 gutes Zugpferd, braun
- 2 schöne junge Kühe
- 1 schöne neumelkende Kuh
- 4 „ Küder



ein größeres Quantum Heu und Stroh, gedroschene Früchte, verschiedenes Fuhrgeschirr, 1 Chaise, Wagen, Pflüge und Eggen, Schlitten, 1 Dreschmaschine, 1 Göppel, 1 Futterschneidmaschine, 1 Mähmaschine, verschiedenes Feld- und Handgeschirr durch alle Rubriken.

Liebhaber sind freundlich eingeladen vom

**Gutskäufer.**

Wichtiges Volksgetränk Gesunder

**Apfelmost**

HEINEN'S MOSTEXTRACT

aus Fruchtsäften, natürlichen, Extrakt aus Fruchtsäften

ANTON HEINEN, PFORZHEIM.

Zu haben in Kolonialwarenhdlg.

**Konkurs-Gefahr**

beseitigt rasch u. verschw.

**E. Volz, Stuttgart**

Spittastr. 4 Fernspr. 9626.

Altensteig.

**Ta. Schweinefleisch**

feinsten Tafelbutter

**Koco**

vorzüglich zum Kochen u. Backen

sowie

**frische Eier**

empfiehlt billigt

**J. Wurster.**

K. Forstamt Altensteig.

### Reihholz- u. Reis-Verkauf.

Am Montag, den 28. Februar, vorm. 10 Uhr im „Anker“ in Altensteig aus Staatswald Grashardt Abt. 5 Oberer Tiefenbach, Nonnenwald Abt. 13 u. 14 Unter- und Oberer Hochwald: Nadelholz

Rm: 13 Spalter II. Kl., 10 Scheiter 9 Prügel, 82 Anbruch; ferner 474 Rm Reisig auf Hausen, 150 Rm. Reisig dreitliegend, 3 Lose Schlagraum u. 1 Rm Stockholz im Boden.

Jeden Dienstag abend 8 Uhr

### R.V.A. Reigenfahren

in der Turnhalle. Auch Nichtmitglieder sind uns willkommen. Auf zum Sport!

Befensfeld.

Wegen Geschäftsaufgabe verkaufe ich folgende Gegenstände:

2 neue

### Mähmaschinen

mit Tiefschnittbalken System Cornit

1 neue Mähmaschine (Einspanner mit Lannen)

1 neue Mähmaschine Einspanner mit Deichsel, 2 neue Sabelheuwender, 1 neuen Heurechen, 2 m Schmirgelschleifsteine mit Einspannvorrichtung zum Mähmaschinenmesser schleifen

Ferner verkaufe ich:

1 neuen Amboss mit zwei Hörner, 1 Schraubstock, 1 gebrauchte Gasfluppe, 1 Rohrabschneider, 1 Rohrzanze, 1 Rohrschraubenschlüssel und verschiedenen Handwerkzeug, 1 neuen Schreibpult.

**Fr. Klumpp.**

### Neue Walzenvollgatter

aus Vorrat in verschiedenen Größen zum Selbstkostenpreis unter Garantie zu verkaufen. Off. unter P. P. an die Exp. ds. Bl.

Altensteig.

Ein

### Laufmädchen

sucht

**Richard Pfänder.**

Altensteig.

### Malerlehrling.

Sohn geachteter Eltern, welcher das Maler-Handwerk gründlich erlernen will, nimmt unter den günstigsten Bedingungen in die Lehre.

**Friedr. Ackermann**  
Decorationsmaler  
Höfen a. d. Eng.

Altensteig.

für Konfirmation und Ostern empfiehlt

**schwarze und farbige Kleiderstoffe**  
Blousen-, Rock-, und Unterröckstoffe  
:: Schürzen, Unterröcke, Taschentücher ::  
**Leibwäsche, Gürtel, Korsetts**

in reicher Auswahl

**G. Strobel.**

Egenhausen.

### Zu Aussteuern

empfehle ich in schöner Auswahl:

Bettbarchente, Drill, Damast, Satin Augusta, Kölsche sowie schöne, doppelt gereinigte

### Bettfedern

**J. Kaltenbach.**

NB. Auch übernehme ich das Anfertigen guter Betten bei reeller Bedienung und billigster Berechnung.

### Dünn säen, aber stark düngen!

Auch für die Frühjahrbestellung mache sich jeder Landwirt diesen von Wissenschaft und Praxis als richtig anerkannten Ratsschlag zur Regel.

### Starke Thomasmehldüngung

verdient bei den diesjährigen billigen Thomasmehlpreisen ganz besondere Berücksichtigung.

Garantiert reines und vollwertiges Thomasmehl liefert nachbenannte Firma nur in plombierten Säcken mit Schutzmarke und mit Gehaltsangabe versehen.

**Thomasphosphatfabriken**  
Stern-Mark G. m. b. H., Berlin W. 35. Stern-Mark

Wegen Offerte wende man sich an die bekannten Verkaufsstellen oder direkt an die vorgenannte Firma.

Nach

### Amerika

von

### Antwerpen

mit 12000 tons grossen Doppelschrauben-Dampfern der

### Red Star Line.

Erstklassige Schiffe. — Mässige Preise. — Vorzügliche Verpflegung. — Abfahrten wöchentlich Samstags nach New York. — 14tägig Donnerstags nach Boston.

Auskunft beim Agenten

**W. Rieker, Altensteig**  
Karlstrasse.

**Gedächtnisbücher** sind zu haben in der **W. Rieker'schen** Buchhandlung, L. Paul, Altensteig.

**Notiztafel.**

Die Gemeinde Holzbrunn verkauft am Mittwoch, den 23. Februar, nachmittags von 1 Uhr ab im Wald 40 Stück Eichen und 10 Stück Buchen für Käfer, Wagner und zum Bau geeignet. Zusammenkunft am Rathaus.

**Gestorbene.**

Holzbrunn: Ernst Jeps, Rechnungsrat.  
Stuttgart: Emma v. Joller, Witwe des Hofbibliothekars, 71 J.  
Sulz b. Wildberg: Barbara Dürr, 75 J.  
Ottenbrunn: Daniel Charrier, Maurer  
Conweiler: Jakob Rühle, Bäcker.

